
Verpflichtungserklärung Jungunternehmer

Diese Verpflichtungserklärung ist Bestandteil Ihres Förderantrags bei der OeHT. Je nach Antrag und nach Verfügbarkeit der Budgetmittel besteht die Möglichkeit, dass der Antrag auch in einer anderen Förderaktion als der beantragten abgewickelt werden kann. Darüber wird die OeHT den Förderwerber gesondert informieren.

Der Förderwerber verpflichtet sich,

- a. bei der Durchführung und dem Betrieb des Projekts das anwendbare Unionsrecht und die einschlägigen österreichischen Gesetze einzuhalten,
- b. sämtlichen in der Richtlinie genannten Informations-, Auskunft- und Meldepflichten nachzukommen und der OeHT, den Beauftragten des Bundes sowie der EU Einsicht in seine Bücher zu gewähren,
- c. gemäß Richtlinie zur Kooperation im Falle einer Prüfung durch die OeHT, den Beauftragten des Bundes sowie der EU; dies insbesondere im Falle einer Buch- bzw. Betriebsprüfung,
- d. die OeHT darüber unverzüglich in Kenntnis zu setzen, sofern straf- bzw. finanzstrafrechtliche Ermittlungen gegen ihn, seine wirtschaftlichen Eigentümer oder gesetzlichen Vertreter geführt bzw. eingeleitet werden,
- e. bis spätestens 6 Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres ist, bei Prüfungspflicht, der von Ihrem Wirtschaftsprüfer testierte Jahresabschluss, sonst der von Ihrem Steuerberater bestätigte Jahresabschluss bzw. Ihre Einnahmen-Ausgaben-Rechnung als PDF-Dokument, sowie die zum Jahresabschluss gehörende, finale Saldenliste als Textfile zu übermitteln. Für Ihre Einnahmen-Ausgaben-Rechnung ist zusätzlich ein Vermögensstatus als PDF-Dokument vorzulegen. Darüber hinaus ist das Formular „Fragebogen zur jährlichen Bilanzauswertung, unter www.oeht.at/downloadcenter abrufbar, vollständig ausgefüllt einzureichen.

Der Förderwerber bestätigt ausdrücklich seine Unternehmereigenschaft im Sinne des § 1 KSchG.

Die Republik Österreich und ihre Organe und Beamte, insbesondere das Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus, sowie die OeHT schließen jegliche verschuldensabhängige oder verschuldensunabhängige Haftung, einschließlich der Sachverständigenhaftung gemäß § 1299 und § 1300 ABGB für ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit Förderungsmaßnahmen – insbesondere für wirtschaftliche und rechtliche Empfehlungen – aus, soweit dem nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

Der Förderwerber bestätigt die Richtigkeit und Vollständigkeit sämtlicher Angaben im Rahmen des Antrags samt aller dazu gehörigen Beilagen und verpflichtet sich, Abweichungen bzw. Änderungen unverzüglich und aus eigener Initiative schriftlich bekannt zu geben und auch seinen sonstigen Mitteilungspflichten jeweils unverzüglich nachzukommen.

Außerdem bestätigt der Förderwerber, die RICHTLINIE des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft zur Förderung von Jungunternehmern (Jungunternehmer-Richtlinie) vom 30.03.2023 in der Fassung vom 03.04.2024 zur Kenntnis genommen zu haben.

Ort, Datum

(Firmenmäßige) Fertigung des Förderwerbers